Nr. 222 B 109 Abend-Ausgabe

Berlin

Montag, 13. Mai 1929 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704.

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Das Ergebnis der Sachsenwahl

Heldts Niederlage

Dresden, 13. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

	Stimmen	Abgeordnete	Reichswahl 1928	Landeswahl 1926
Sozialdemokraten	922 118	33 (bish. 31)	999 421	958 142
Deutschnationale und Sächsisch. Landvolk	218 363 / 140 522	8 u. 5 (bish. 14)	254 488 / 141 896	341 056
Deutsche Volkspartei	363 417	13 (bish. 12)	316 017	292 079
Wirtschaftspartei	304 353	11 (bish. 10)	232 052	237 462
Kommunisten	345 817	12 (bish. 14)	391 068	342 112
Demokraten	115 097	4 (bish. 5)	143 244	111 351
Kommunist. Brandler-Gruppe	22 594	—	—	—
Aufwertler	70 092	3 (bish. 4)	86 545	98 258
Alte Sozialdemokratie	39 625	2 (bish. 4)	34 869	98 026
Hitlerpartei	133 787	5 (bish. 2)	81 454	48 018
Zentrum	25 440	—	23 519	24 059

Trotz des schönen Frühlingswetters war die Wahlbeteiligung wesentlich stärker als bei der Wahl am 31. Oktober 1926. Es wurden 300000 Stimmen mehr abgegeben.

Die Demokraten, die einige tausend Stimmen zunahmen, verloren trotzdem ein Mandat, da die stärkere Wahlbeteiligung mehr den benachbarten Parteien zur Rechten zugute kam, die mit dem Hinweis auf die Berliner Unruhen die lässigen Wähler schreckten.

In der personellen Zusammensetzung des Landtags ist eine verhältnismäßig starke Veränderung eingetreten. Von 96 Abgeordneten kehren nur 61 wieder, 35 treten neu in den Landtag ein, darunter der General a. D. Kaden und dann der frühere Kapitänleutnant Manfred v. Killinger, der Bruder des Rathenau-Mörders, der auf der nationalsozialistischen Liste gewählt wurde.

*

Für die sächsische Landespolitik bedeuten die Wahlen, die an dem schönsten Maisonntag abgehalten wurden, ein Ereignis von beträchtlicher Tragweite. Die bisherige Regierung verfügte in dem Landtag, der am 31. Oktober 1926 gewählt wurde, über 49 von 96 Mandaten, hatte also genau die absolute Mehrheit. Selbst wenn es noch einmal gelänge, die sechs Parteien, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Aufwertler, Demokraten und Altsozialisten unter einen Hut zu bringen, so würde diese Gruppierung nur noch über 46 Sitze verfügen, wobei noch zu berücksichtigen wäre, daß die Deutschnationalen durch die Absonderung einer eigenen „Landvolkliste" ihre Mandatsziffer einigermaßen gehalten, aber doch an Einheitlichkeit stark eingebüßt haben. Auf der anderen Seite haben auch die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen keine Mehrheit. Sie sind wie bisher auf 45 Mandaten stehengeblieben, wobei die Kommunisten zugunsten der Sozialdemokraten zwei Mandate abgeben mußten. Die bisherige Regierung ist erledigt und ebenso der Popanz eines Sowjet-Sachsens.

Die eigentlichen Gewinner sind die Nationalsozialisten. Sie waren bisher das fünfte Rad am Wagen. Ihre zwei Vertreter waren auch persönlich gänzlich unbedeutend. Sie haben jetzt mit einer Propaganda, die vor allem die jugendlichen Elemente in Stadt und Land erfaßte, fünf Mandate und damit eine verhältnismäßig starke Vertretung erzielt. Die Bang-Agitation des Hugenbergkreises ist nicht den Deutschnationalen, die ja in der Landespolitik an den Regierungskarren gespannt waren, zugute gekommen, sondern ausschließlich der Hitlergruppe.

Ihre Wählerschaft setzt sich aus unzufriedenen Elementen aller Kreise zusammen. Auch aus den kommunistischen Reihen haben Leute, denen die „Bewegung" alles und das Ziel wenig ist, den Weg zu der rechtsradikalen Gruppe gefunden, die in ihrem Auftreten und in ihrer Phraseologie den Linksradikalen eng verwandt ist. Wenn diese Gruppe das Zünglein an der Wage bilden könnte, so wäre die sächsische Landespolitik dauernden Erschütterungen preisgegeben.

Im Ernst kann daran niemand denken. Man wird deshalb auch, wenn erst der Wahlrausch vorüber ist, die künstlichen Scheidewände wegschaffen, die bisher eine natürliche Gruppierung verhinderten. Wenn schon früher ein Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten praktisch ausgeschlossen war, so ist durch die Entwicklung der letzten Wochen eine Kluft eingetreten, die unüberbrückbar scheint. Mögen auch die sächsischen Sozialdemokraten bisher eine Sonderstellung in ihrer Partei eingenommen haben, so sind sie doch außerstande, nach der kommunistischen Kriegserklärung an die Sozialdemokraten sich irgendwelchen Illusionen über gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten hinzugeben.

Die Altsozialisten haben zwei Mandate gerettet. Sie hatten bisher zwei Minister, den Arbeitsminister Elsner, der keine besondere Rolle spielte, und den Ministerpräsidenten Heldt. Der persönliche Gegensatz zwischen dieser Gruppe, deren persönlicher Anhang von Wahl zu Wahl zusammenschmilzt, und ihren früheren Parteigenossen hat bisher die politische Lage in Sachsen unheilvoll beeinflußt. Man mag es bedauern, daß eine Reihe tüchtiger Gewerkschaftler und erprobter Sozialisten isoliert und ausgeschaltet sind. Aber diese Entwicklung ist unvermeidlich geworden.

Wie bereits kürzlich auseinandergesetzt, gibt es in einem Land, in dem die politischen Kräfte einander dauernd die Wage halten — auch die Sonntagswahl war ein neuer Beweis dafür — keine andere Regierungsmöglichkeit, als die der Mitte mit Anschluß an die Arbeitermassen, die in der Sozialdemokratie, mag es süß oder sauer kommen, ihre Vertretung erblicken. In der Tat ist Sachsen auch im großen und ganzen seit der Revolution so regiert worden. Auch das letzte Kabinett Heldt hat sich in seinen Handlungen nicht von den vorausgegangenen Regierungen unterschieden. Die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei haben den Kurs nicht zu verändern vermocht, der durch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmt ist. Der natürliche Ausdruck dieser Tatsache ist die Bildung einer Koalition, die aus Deutscher Volkspartei, Demokraten und Sozialdemokraten zusammengesetzt ist. Sie verfügt über eine klare Majorität von 50 Mandaten und kann in den allermeisten Fällen auf eine viel größere Mehrheit rechnen.

Und was hat die Wahl des 12. Mai für die Reichspolitik ergeben? In der Wahlpropaganda ist von der Landespolitik wenig die Rede gewesen. Desto mehr von den großen politischen Fragen, die im Reichstag entschieden werden. Das entspricht ja leider auch der Praxis der Länderparlamente, die einen großen Teil ihrer Arbeitskraft auf Diskussionen über Reichsangelegenheiten verwenden, da ihnen ihr engerer Aufgabenkreis zu klein und zu eintönig ist . . .

Man kann sagen, daß die Maiereignisse den Kommunisten geschadet, den Sozialdemokraten nicht genützt und den Rechtsparteien den Zulauf von Leuten gebracht haben, die sonst zu Hause geblieben wären. Im großen und ganzen haben die Wähler mehr nach ihren beruflichen und persönlichen Interessen — wirklichen und vermeintlichen — entschieden. Daher das gute Ergebnis der Wirtschaftspartei trotz der Enttäuschungen, die ihre Regierungstätigkeit ihren Anhängern bringen mußte. Die Demokratische Partei, die sich rein politisch einstellt und auch die Frage der Reichsreform nicht aus dem Spiele läßt, verliert in den Gewerbe- und kaufmännischen Kreisen die Anhänger, die eine besondere Berücksichtigung ihrer Interessen erwarten, ohne durch den Zustrom aus neuen Wählerschichten entschädigt zu werden.

Eine Wahlbewegung ohne starke Impulse. Ein Ergebnis, das nur in der Landespolitik Aenderungen bringt, aber sonst gegen die Vermutung spricht, daß in der Wählerschaft tiefergehende Bewegungen zum Durchbruch kommen.

J. E.

Lärmszenen im Landtag

Präsident Bartels hebt die Sitzung auf

Als heute Präsident Bartels die Sitzung des Preußischen Landtages eröffnete, waren die Tribünen dicht besetzt, während das Abgeordnetenparkett auf der Rechten noch starke Lücken aufwies.

Zur Beratung stand zunächst der Antrag der Kommunisten wegen der bekannten Berliner Maivorgänge, den Polizeipräsidenten von Berlin Zörgiebel seines Amtes zu entheben, Polizeioffiziere und Beamte zu entlassen, das Demonstrationsverbot und das Verbot der „Roten Fahne" aufzuheben und dem Ministerpräsidenten Braun wie dem Innenminister Grzesinski das Vertrauen zu entziehen.

Einen Sturm auf der äußersten Linken löste es aus, als der deutschnationale Abgeordnete Borck die Mitberatung eines Antrags forderte, wonach den bei den Maiunruhen besonders gefährdeten Schupobeamten eine einmalige Gefahrenzulage außerplanmäßig gewährt werden soll. Die Kommunisten quittierten diesen Antrag mit den wiederholten Rufen „Blutprämie". Der Antrag Borck scheiterte geschäftsordnungsmäßig am Widerspruch der Kommunisten.

In diesem Augenblick nimmt Innenminister Grzesinski seinen Platz auf der Regierungsbank ein. Von den Bänken der Kommunisten hört man Rufe wie „Bluthund" und „Arbeitermörder". Wegen dieser Rufe erteilt Präsident Bartels dem Abgeordneten Hoffmann (Kom.) einen Ordnungsruf und droht, als der Lärm der Kommunisten von neuem einsetzt, mit schärferen Maßnahmen.

Schließlich begründet Abgeordneter **Kasper** (Komm.) den Antrag seiner Fraktion. Er richtet dabei gegen den Polizeipräsidenten, seine Beamten und vor allem die Sozialdemokraten so maßlose Angriffe, die von lärmenden Kundgebungen seiner Parteifreunde unterstützt werden, daß der Präsident ihm zunächst einen Ordnungsruf erteilt, wiederholt eingreifen muß und schließlich schärfere Maßnahmen in Aussicht stellt.

Der Redner behauptet, das Demonstrationsverbot sei ohne äußere Notwendigkeit vom Polizeipräsidenten aus „Prestigegründen" aufrechterhalten worden. Außerdem habe Zörigebel damit den Sozialdemokraten einen Gefallen tun wollen. Das Verbot sei ein Zeichen des „sieghaft fortschreitenden Fascismus" in allen Ländern, dem in Deutschland die Sozialdemokraten die Steigbügel hielten.

Kasper spricht schließlich von der „gemeinen niederträchtigen Führerschaft der Sozialdemokratie, die bis zu einem hohen Grade der Verlumpung gesunken sei", und erhält für diese Aeußerung einen zweiten Ordnungsruf.

Als nun der **Innenminister Grzesinski** das Wort erhält, entsteht bei den Kommunisten ungeheurer Lärm, der etwa 10 Minuten andauert. Trotz wiederholter Bemühungen kann der Minister seine Rede nicht beginnen und es gelingt dem Präsidenten, der zahlreiche Ordnungsrufe erteilt, nicht, dem Redner Ruhe zu verschaffen. Die kommunistischen Abgeordneten drängen bis zur Rednertribüne vor. Man sieht den kommunistischen Abgeordneten Paul Hoffmann, der mit erhobener Hand auf den Minister weist.

Schließlich gelingt es dem Präsidenten, den Platz vor der Rednertribüne frei zu bekommen, aber immer noch kann der Minister nicht beginnen. Besonders tut sich der kommunistische Abgeordnete Jendretzki mit lärmenden Kundgebungen hervor. Er wird, nachdem die Ordnungsrufe wirkungslos verhallt sind, von der Sitzung ausgeschlossen. Da er dieser Weisung des Präsidenten nicht Folge leistet, unterbricht dieser die Sitzung. Nach 10 Minuten eröffnet Präsident Bartels die Sitzung wieder und stellt fest, daß sich Jendretzki noch im Saale befindet. Er schließt ihn darauf auf die Dauer von 20 Sitzungstagen aus. Nunmehr beginnt Minister Grzesinski seine Ausführungen.

Wiederum ist es bei erneut einsetzendem Lärm der Kommunisten dem Minister unmöglich, sich verständlich zu machen. Er wendet sich schließlich an den Präsidenten mit der Bitte, ihm Ruhe zu verschaffen. Präsident Bartels fordert die Abgeordneten, die wieder vor dem Rednerpult dicht gedrängt zusammenstehen, auf, ihre Plätze einzunehmen.

Als einer der kommunistischen Abgeordneten sich besonders renitent zeigt, weist Präsident Bartels mit dem Finger auf ihn und sagt: „Der Abgeordnete da ist von der Sitzung ausgeschlossen." Die Kommunisten protestieren gegen diese Maßnahme des Präsidenten mit der Bemerkung, daß ein solcher Ausschluß ohne Namensnennung nach der Geschäftsordnung nicht zulässig sei. Neuer Lärm erhebt sich. **Der Minister verläßt die Rednertribüne, und als immer noch keine Ruhe eintritt, und der ausgeschlossene Abgeordnete den Saal nicht verläßt, verläßt Präsident Bartels seinen Platz und hebt damit die Sitzung auf.**

Die deutschen Vorbehalte

Paris, 13. Mai / Ullstein-Nachrichtendienst

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist heute früh von Essen kommend, wieder in Paris eingetroffen. Sir Josias Stamp hat der deutschen Delegation den Entwurf des Konferenzberichtes, der in weitgehendem Maße den deutschen Vorbehalten Rechnung trägt, vorgelegt. Die Besprechungen darüber werden heute nachmittag zwischen Dr. Schacht und Stamp aufgenommen werden.

Dr. Adolf Braun †

Das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der frühere Reichstagsabgeordnete, Dr. Adolf Braun, ist, 67 Jahre alt, heute nacht gestorben.

0152